Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(81. - öffentliche - Sitzung am 8. Dezember 2021)

Beratungsthemen:

 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/8197

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 26 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung:

Enthaltung: GRÜNE, FDP

2. Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/9885

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU
Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: -

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/10256

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9076

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 33 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP

5. Verfassungsgerichtliche Verfahren

a) Organstreitverfahren

der Mitglieder des Landtages Dana Guth, Jens Ahrends und Stefan Wirtz Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsteller -

gegen

den Niedersächsischen Landtag

vertreten durch die Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsgegner -

wegen Verstoßes der GO LT gegen die Artikel 7 und 19 der Niedersächsischen Verfassung - **StGH 3/21**.

Der Ausschuss bat die Landtagsverwaltung, den Staatsgerichtshof um Fristverlängerung für eine eventuelle Stellungnahme zu ersuchen.

b) Organstreitverfahren (Eilverfahren)

der Mitglieder des Landtages Dana Guth, Jens Ahrends und Stefan Wirtz Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsteller -

gegen

den Niedersächsischen Landtag

vertreten durch die Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragsgegner -

wegen Verstoßes der GO LT gegen die Artikel 7 und 19 der Niedersächsischen Verfassung (Eilverfahren) – **StGH 4/21**.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag, von einer Stellungnahme gegenüber dem Landtag abzusehen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -

Entwurf eines Gesetzes über die Beantwortung von Auskunftsverlangen öffentlicher Stellen durch die berufsständischen Versorgungseinrichtungen Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 18/10269</u>

Der Ausschuss schloss die Gesetzesberatung ab und empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 1 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstattung (mündlicher Bericht): Abg. Kötter.

 Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich des Ökologischen Landbaus Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 18/10272</u> neu

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -

8. Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums sowie nationaler Fördermaßnahmen

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/10271

Der - mitberatende - Ausschuss schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: -Enthaltung: -